

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XLV

Erster Teil

Einleitung

1

§ 1 Einführung in das Thema	1
I. Das Paternalismusparadox	1
II. Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsziel	3
III. Untersuchungsmethode – Der verwendete Forschungsansatz	3
IV. Einordnung in die Debatte um Funktion und Grenzen der Privatautonomie	5
V. Gang der Untersuchung	6

Zweiter Teil

Grundlegung

9

§ 2 Paternalismus in der philosophischen Diskussion	9
I. Einführung	9
II. Der Paternalismusbegriff – Definition und Abgrenzung	10
1. Konstitutive Begriffsэлеmente – Definitionsvorschläge des Schrifttums	10
2. Zu den Begriffsmerkmalen im Einzelnen	11
2.1 Beschränkung der Freiheit oder Selbstbestimmung	11
2.2 Sicherung des Wohls des von der Freiheitsbeschränkung Betroffenen als Endzweck	12
2.2.1 Theoretische Abgrenzung	12
2.2.2 Praktische Vermischung – Motivbündel und unreiner Paternalismus	13

III. Selbstbestimmung und Paternalismus – Zur Rechtfertigungsbedürftigkeit paternalistischer Intervention	14
1. Die deontologische Begründung des Rechts auf Selbstbestimmung bei Kant	14
2. Die utilitaristische Begründung des Paternalismusverbots bei Mill	16
3. Begründungsansätze der modernen angelsächsischen politischen Philosophie	18
IV. Voraussetzungen autonomen Entscheidens und weicher Paternalismus	19
1. Die Voraussetzungen selbstbestimmten Entscheidens bei Mill	20
2. Weicher und harter Paternalismus – Die Konzeption Feinbergs	20
3. Selbstbestimmungsdefizite als Rechtfertigung weichen Paternalismus – Der Meinungs- und Erkenntnisstand in der philosophischen Debatte	21
4. Insbesondere: Selbstbestimmung und die Maßgeblichkeit der eigenen Präferenzen	23
5. Zur Rechtfertigungsbedürftigkeit weich paternalistischer Maßnahmen	24
6. Weicher Paternalismus und Erwerb individueller Entscheidungskompetenz	24
V. Grenzen der Selbstbestimmung und Zulässigkeit harten Paternalismus	25
1. Vermutung der mangelnden „Freiwilligkeit“ der Entscheidung bei besonders nachteiligen Entscheidungsergebnissen	26
2. Freiheitsmaximierung als Legitimation harten Paternalismus	27
3. Schutz von Langzeitpräferenzen, insbesondere Integritätsschutz nach Kleinig	28
4. Der Mensch als Gemeinschaftswesen, Aufspaltung des Selbst und Einwilligungsfiktion	30
VI. Das Verhältnismäßigkeitsgebot als Grenze zulässigen Paternalismus	30
1. Vorrang des Lernens aus Fehlern	31
2. Vorrang der am wenigsten beschränkenden Intervention	31
3. Asymmetrischer Paternalismus insbesondere	32
VII. Der Schutz von Drittinteressen als Rechtfertigungsalternative	32
1. Selbstbezüglichkeit und soziale Bedeutung menschlichen Verhaltens	33
2. Primär eigene Angelegenheiten als Reservat gegenüber drittbeschützenden Freiheitseingriffen	33

VIII. Vertragliche Selbstbindung und Paternalismus im Besonderen	34
1. Vertragliche Bindung und Selbstschädigung	35
2. Ethische Legitimität der paternalistischen Einschränkung vertraglicher Selbstbindung	36
2.1 Weicher Paternalismus	36
2.2 Harter Paternalismus	36
2.2.1 Mill zur Freiheitsbeschränkung durch Vertrag	37
2.2.2 Selbstbestimmte Entscheidung und selbstbestimmtes Leben	37
3. Rechtfertigungsalternativen für den Eingriff in die Vertragsfreiheit	39
IX. Zusammenfassung	40
§ 3 Rechtspaternalismus und vertragliche Selbstbindung im Verfassungsrecht	42
I. Überblick über die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung	42
1. Die Rspr. des BVerfG zur Einschränkung selbstgefährdenden und selbstschädigenden Verhaltens	42
1.1 Eingriffsrechtfertigung durch Dritt- und Gemeinwohlinteressen	43
1.2 Fehlen der subjektiven Voraussetzungen einer autonomen Entscheidung	43
1.3 Eingriffsbefugnis wegen sonst drohenden größeren persönlichen Schadens?	44
2. Die Rspr. des BVerfG zur Einschränkung der Vertragsfreiheit zum Schutze einer Vertragspartei	45
II. Grundrechtsdogmatische Verankerung der Paternalismusdebatte	47
1. Befund	47
2. Zum Verhältnis von Grundrechtsverzicht, Eingriff und Schutzpflicht	47
III. Rechtspaternalismus und Grundrechtsverzicht	49
1. Begriffliche Klärung	49
2. Grundrechtstheoretisches Vorverständnis – liberale vs. objektiv-rechtliche Grundrechtsinterpretation	50
3. Stand der Diskussion zur Zulässigkeit des Grundrechtsverzichts	51
4. Schranken des Grundrechtsverzichts bei privatvertraglicher Selbstbindung	53
IV. Rechtspaternalismus als Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht – Grundrechtsschutz gegen Paternalismus	55
1. Betroffene Grundrechte	55
2. Eingriff	56

3. Grundrechtsschranken – Verfassungsrechtliche Rechtfertigung paternalistischer Intervention	57
3.1 Standpunkt der h.L. – Prinzipielles Verbot von Eingriffen zum Schutz des autonomen Entscheiders	57
3.2 Menschenwürde?	58
3.2.1 Meinungsstand	58
3.2.2 Stellungnahme	59
3.3 Freiheitsmaximierung und „Integritätsschutz“ als Legitimation paternalistischer Intervention?	61
3.3.1 Untauglichkeit der Freiheitsmaximierung als Eingriffsrechtfertigung	61
3.3.2 Eingriffsrechtfertigung durch „Integritätsschutz“?	62
3.3.3 Zeitinkonsistentes Verhalten aufgrund von Defiziten des Entscheidungsprozesses	63
3.4 Zur Voraussetzung freier Willensentscheidung – Verfassungsrechtliche Zulässigkeit weichen Paternalismus	63
3.4.1 Zulässigkeit paternalistischer Eingriffe bei Defiziten der Selbstbestimmung	63
3.4.2 Anforderungen an die selbstbestimmte Entscheidung – Die Diskussion in der Literatur	64
3.4.3 Anforderungen an die selbstbestimmte Entschei- dung – Aussagen in der Rspr. des BVerfG	65
3.4.4 Fazit	66
3.5 Die Berufung auf Dritt- und Gemeinwohlintressen	66
3.5.1 Problembeschreibung	66
3.5.2 Die finanzielle Belastung der sozialen Sicherungs- systeme	68
3.5.3 Aggregation von Individualinteressen	69
4. Gebot der Verhältnismäßigkeit des Eingriffs – Das Prinzip des „schonendsten Paternalismus“	69
V. Die Schutzpflichtdimension der Grundrechte – Grundrechts- schutz durch Paternalismus	70
1. Die Schutzpflichtdimension der Grundrechte	70
1.1 Umfang verfassungsgerichtlicher Kontrolle der Schutzpflichtenerfüllung	71
1.2 Grundrechtliche Ambivalenz der Schutzmaßnahme im Hinblick auf verschiedene Grundrechtsträger	71
2. Grundrechtliche Ambivalenz der paternalistischen Intervention für den Schutzadressaten	72
VI. Synthese: Paternalistische Intervention bei vertraglicher Selbstbindung und Grundrechtsschutz	73
1. Grundrechtsschutz und vertragliche Selbstbindung – Der Grundsatz	74

1.1 Vertragliche Selbstbindung als Ausübung grundrechtlicher (Vertrags-)Freiheit	74
1.2 (Paternalistische) Vertragsabschluss- und -inhaltsregulierung als Grundrechtseingriff	75
1.3 Gewährleistung effektiver Vertragsdurchsetzung als grundrechtliches Schutzgebot	75
1.4 Gewährleistung effektiver Vertragsdurchsetzung als gerechtfertigter Grundrechtseingriff	76
2. Grundrechtsschutz und weicher Paternalismus im Rahmen vertraglicher Selbstbindung	76
2.1 Selbstbestimmungsdefizite als Eingriffsrechtfertigung	76
2.2 Selbstbestimmungsdefizite als Auslöser staatlicher Schutzpflichten	77
2.3 Funktionsvoraussetzungen autonomer vertraglicher Selbstbindung – Konkretisierungsansätze in der Rspr. des BVerfG und der Literatur	77
2.3.1 Die verfassungsgerichtliche Rspr. zur staatlichen Schutzpflicht bei Fremdbestimmung aufgrund „struktureller Unterlegenheit“	78
2.3.2 Bewertung der Rspr. des BVerfG durch das Schrifttum	79
2.3.3 Weitere Konkretisierungsleitlinien aus dem Schrifttum	81
2.3.3.1 Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der §§ 104 ff., 119 ff., 138 Abs. 2 BGB	81
2.3.3.2 „Außergesetzliche Willensmängel“ – Ansätze für eine Fallgruppenbildung	82
2.4 Konkretisierungsaufgabe und -vorrang des (einfachen) Zivilrechts	82
2.4.1 Gesetzgeberischer Beurteilungs- und Gestaltungsspielraum	82
2.4.2 Verhältnis von Zivilrecht und Verfassungsrecht bei der richterlichen Wahrnehmung des staatlichen Schutzauftrages	83
2.4.3 Fazit	84
3. Grundrechtsschutz und harter Paternalismus im Rahmen vertraglicher Selbstbindung	84
3.1 Meinungsbild im staats- und zivilrechtlichen Schrifttum	84
3.2 Stellungnahme	86
VII. Zwischenergebnis	87
§ 4 Neoklassische Rechtsökonomik und effizienter Rechtspaternalismus	89
I. Grundlagen der neoklassischen Rechtsökonomik	90

1. Das ökonomische Effizienzziel	90
1.1 Effizienz als normatives Ziel der neoklassischen Wohlfahrtsökonomik	90
1.1.1 Wohlfahrtsmaximierung durch effiziente Verteilung knapper Mittel als normatives Hauptziel	90
1.1.2 Normativer Individualismus und soziale Wohlfahrtsfunktion	91
1.1.3 Folgenbewertungen von Sozialwahlentscheidungen – Effizienzkriterien	92
1.1.3.1 Pareto-Kriterium	92
1.1.3.2 Kaldor-Hicks-Kriterium und abgeleitete Entscheidungsregeln	93
1.1.4 Das Kardinalproblem des interpersonellen Nutzenvergleichs	96
1.1.4.1 Die utilitaristischen Wurzeln des Effizienzziels	96
1.1.4.2 Die Kritik von Robbins am klassischen Utilitarismus	97
1.1.4.3 Die Entwicklung des Kaldor-Hicks-Kriteriums als Reaktion auf Robbins	98
1.1.4.4 Soziale Wohlfahrtsfunktion und das Unmöglichkeitstheorem von Arrow	98
1.1.4.5 Subjektivismus und Kritik des herkömmlichen Effizienzbegriffs	99
1.1.5 Jenseits des Effizienzkriteriums – Überindividuelle Gerechtigkeitskriterien und Abwägungsverbote	100
1.1.5.1 Überindividuelle Gerechtigkeitskriterien und Kritik	101
1.1.5.2 Liberale Rechte und unveräußerliche Rechte als Abwägungsverbote	103
1.1.5.3 Präferenzautonomie und einmischende Präferenzen	105
1.2 Effizienz als normatives Ziel der ökonomischen Analyse des Vertragsrechts	106
2. Ökonomisches Verhaltensmodell herkömmlicher Prägung	106
2.1 Die REMM-Hypothese – Begriff und Komponenten	107
2.1.1 Definition	107
2.1.2 REMM-Hypothese als Ausprägung zweckrationalen Verhaltens (rational choice)	107
2.2 Handlungsziele – interessegeleitetes, eigennütziges Verhalten	108
2.2.1 Eigennutz als Präferenzinhalt und Handlungs- ziel	108
2.2.2 Zur Aussagekraft der Eigennutzannahme	109

2.2.2.1 Eigennutz und urteilsbestimmtes Verhalten . . .	109
2.2.2.2 Eigennutz und Theory of Revealed Preferences .	109
2.2.2.3 Eigennutz und Beachtlichkeit sog. „Einmischender Präferenzen“	110
2.3 Rationale Präferenzordnung – Maximierungs- komponente I	111
2.3.1 Axiome rationaler Präferenzordnung nach von Neumann und Morgenstern	111
2.3.2 Entscheidungen unter Risiko und Unsicherheit . . .	112
2.3.2.1 Riskante Entscheidungen – Erwartungsnutzen- theorie	112
2.3.2.2 Unsicherheit im engeren Sinne und Bayesian Updating	113
2.3.3 Präferenzordnung bei intertemporalen Entscheidungen	113
2.3.3.1 Dominantes Modell – Discounted Utility Theory (DUT)	114
2.3.3.2 Die Annahmen des Diskontierungsmodells . . .	115
2.3.3.3 Fazit	115
2.4 Optimale Inputberücksichtigung – Maximierungs- komponente II	116
2.4.1 Die Annahme optimaler Informationsaufnahme- und -verarbeitungskapazität	116
2.4.2 Beschränkte Rationalität – „Satisficing“ nach Simon	116
2.5 Methodologischer Stellenwert des REMM	118
II. Die ökonomische Theorie der Vertragsfreiheit und ihrer Grenzen	120
1. Das (präsumptive) ökonomische Argument für die Vertragsfreiheit	121
1.1 Erstes Wohlfahrtstheorem als Argument für die Vertragsfreiheit	121
1.2 Coase-Theorem als Argument für die Vertragsfreiheit .	122
2. „Marktversagen“ als Argument gegen die unbeschränkte Vertragsfreiheit	124
2.1 Vorweg: Negative externe Effekte	125
2.2 Informationsasymmetrien als Kardinalproblem effizienter Vertragsschlüsse	126
2.2.1 Das Problem adverser Selektion als gedanklicher Ausgangspunkt	127
2.2.2 Parameterabhängige Effizienz von Eingriffen in die Vertragsfreiheit	127
2.2.3 Aufschlüsselung in Signalling- und Screening- Szenarien	128

2.2.3.1	Effizienzsteigernder Eingriff in die Vertragsfreiheit im Signalling-Szenario	129
2.2.3.2	Wohlfahrtsimplikationen rechtlicher Intervention im Screening-Szenario	129
2.2.4	Informationsasymmetrien bei Verhandlungsungleichgewicht	130
2.3	Rationalitätsdefizite als Form des Verhandlungsversagens im Besonderen	131
2.3.1	Wohlfahrtsverluste bei beschränkter Rationalität einer Vertragspartei	132
2.3.2	Wohlfahrtsverluste bei systematischen Entscheidungsfehlern	133
3.	Zwischenfazit – Effizienzziel und Funktion des Vertragsrechts	133
3.1	Zulassung von Markttransaktionen	134
3.2	Erleichterung von Markttransaktionen	134
3.3	Simulation des Marktmechanismus	135
4.	Eingriffe in die Vertragsfreiheit: Effizienz versus Verteilungsgerechtigkeit	135
4.1	Das Verhältnis von Effizienz und Umverteilung	136
4.2	Umverteilung zwischen den Vertragsparteien	137
III.	Effizienzerwägungen als Rechtfertigung für Paternalismus	138
1.	Vorweg: Negative Externalitäten als untaugliche Begründung für Rechtspaternalismus	139
2.	Ausgewählte Konzepte eines effizienzsteigernden Paternalismus	139
2.1	Vorarbeiten: Vereinbarkeit von Paternalismus und Effizienzziel (Kennedy)	139
2.2	Effizienz als bloße Teilerklärung von Paternalismus im Vertragsrecht (Kronman)	140
2.2.1	Unabdingbarkeit bestimmter Gewährleistungsrechte und Produktstandards	141
2.2.2	(Übermäßiger) Verzicht auf persönliche Freiheit	141
2.2.3	Zwingende Widerrufsmöglichkeiten	142
2.3	Präferenzformung durch Recht (Sunstein)	142
2.4	Präferenzinkonsistenzen im Zeitverlauf und effizienter Paternalismus (Burrows)	143
2.5	Ein Modell zur Effizienzmessung paternalistischer Maßnahmen (Zamir)	145
2.5.1	Zur Vereinbarkeit von Effizienzziel und Paternalismus	145
2.5.2	Das Modell zur Effizienzmessung paternalistischer Intervention	147
2.6	Zwischenergebnis und weiteres Vorgehen	148

2.6.1 Maßgeblichkeit der Entscheiderpräferenzen für effizienten Paternalismus	148
2.6.2 Marktversagen als Rechtfertigung der paternalistischen Intervention	149
2.6.3 Kosten-Nutzen-Kalkül des effizienten Paternalismus – Maßgeblichkeit des Aggregats	150
2.6.4 Das Verhältnis zu freiheits- und autonomiebasierten Paternalismuskonzepten	151
2.6.5 Weiteres Vorgehen	152
3. Kosten- und Nutzenpositionen eines effizienten Paternalismus im Vertragsrecht	153
3.1 Nutzen – Marktversagen als Voraussetzung effizienten Paternalismus	154
3.1.1 Marktversagen wegen einer Dysfunktion im Verhältnis der Kontrahenten zueinander	155
3.1.1.1 Informationsasymmetrien	155
3.1.1.2 Ungleiche Verhandlungsmacht und Manipulation des Vertragspartners	156
3.1.2 Rationalitätsdefizite als maßgeblicher Ansatzpunkt	159
3.1.2.1 Informationsaufnahme- und -verarbeitungsdefizite	160
3.1.2.2 Systematische Entscheidungsfehler	160
3.1.2.3 Akute Impulse und motivatorische Verzerrungen	161
3.1.2.4 Mangelnde teleskopische Fähigkeiten – Begrenztes Vorstellungsvermögen	161
3.1.2.5 Fehlende Reflexion	162
3.2 Kosten der rechtspaternalistischen Intervention	162
3.2.1 Kosten für den Intervenienten – Rechtsetzungs- und -anwendungskosten	162
3.2.2 Verteuerung der Transaktion für die Rechtsunterworfenen	163
3.2.3 Intrinsischer Nutzen der Entscheidungsfreiheit und Frustrationskosten	163
3.2.4 Lerneffekte und Langzeitnutzen – Kosten ihrer Vereitelung	164
3.2.5 Frustrationskosten bei fehlerhafter oder sachwidrig motivierter Entscheidung des Intervenienten	165
3.2.5.1 Das Wissensproblem des Intervenienten	165
3.2.5.2 Beschränkte Rationalität des Intervenienten	166
3.2.5.3 Verfolgung effizienzfremder Motive (Missbrauch)	166

3.2.5.4 Fehlerhafte Intervention versus irrtümliche Untätigkeit	167
3.2.6 Heterogenität des Adressatenkreises – Über- und Unterinklusion	167
3.2.7 Die Idee des asymmetrischen Paternalismus	168
3.3 Theoretische Konvergenz von Intervention und Präferenz des Entscheiders	168
3.4 Summe – Das Kosten-Nutzen-Kalkül effizienten Paternalismus	170
§ 5 Rechtspaternalismus im Lichte der modernen Verhaltensökonomik	174
I. Einführung	174
1. Bedeutung der Verhaltensökonomik für den Untersuchungsgegenstand	176
2. Fortgang der Untersuchung	177
II. „Verhaltensanomalien“ – Empirisch belegte Abweichungen vom Standardmodell	178
1. Fehler bei der Informationsaufnahme und -verarbeitung – Heuristiken und Wahrnehmungsverzerrungen	179
1.1 Vorbemerkungen zur Klärung der Begriffe	179
1.2 Komplexität und Unsicherheit der Entscheidung als Auslöser und Verstärker systematischer Entscheidungsfehler	180
1.2.1 Komplexität der Entscheidung und information overload	180
1.2.2 Entscheidungen unter Unsicherheit	181
1.3 Heuristiken und Wahrnehmungsverzerrungen	182
1.3.1 Verfügbarkeitsheuristik und Rückschaufehler	182
1.3.2 Verzerrung durch kognitive Anker	183
1.3.3 Ähnlichkeitsheuristik und verwandte Phänomene	183
1.3.4 Fortschreibung gegenwärtiger Präferenzen und Projektionsfehler	185
1.3.5 Überoptimismus und Selbstüberschätzung	185
1.3.6 Außerachtlassung kleiner Wahrscheinlichkeiten	187
2. Begrenzter Eigennutz – Fairness und soziale Präferenzen	188
3. Abweichungen von den Axiomen rationaler Präferenzordnung	189
3.1 Referenzpunktabhängigkeit von Präferenzen und Verlustaversion	190
3.2 Präferenzen bei Entscheidungen unter Risiko und Unsicherheit	192
3.2.1 Allais-Paradoxon und Sicherheitseffekte	192
3.2.2 Ellsberg-Paradoxon und Ambiguitätsaversion	193

3.3 Vergleichende Bewertung von Entscheidungs- alternativen und Menüeffekte	194
4. Zeitinkonsistentes Verhalten und Probleme der Selbstkontrolle	195
4.1 Die Darstellung quasi-hyperboler Diskontierung im β - δ -Modell	196
4.2 Selbsteinschätzung der Entscheider und Wohlfahrts- implikationen	197
III. Deskriptive Präferenztheorien	198
1. Prospect-Theorie	199
2. Kumulative Prospect-Theorie	201
3. Regret- und Disappointment-Theorie	202
3.1 Regret-Theorie	202
3.2 Disappointment-Theorie	203
4. Support-Theorie	204
IV. Verhaltensökonomik und Standardmodell	205
1. Relevanz der Verhaltensanomalien im Aggregat	205
2. Beharrlichkeit der Verhaltensanomalien in der realen Welt	206
3. Alternativerklärungen auf der Grundlage des Standardmodells	208
4. Konsequenzen für die ökonomische Theorie	210
V. Verhaltensökonomik als juristisches Forschungsinstrument	212
1. Die besonderen Herausforderungen der verhaltens- ökonomischen Rechtsanalyse	213
2. Verbleibende Vorzüge der verhaltensökonomischen Rechtsanalyse	215
VI. Implikationen der Verhaltensökonomik für die Paternalismus- debatte	215
1. Verhaltensökonomik und „Neuer Paternalismus“	216
2. Verhaltensökonomisch fundierte Paternalismuskonzepte in der Diskussion	218
2.1 „Libertärer Paternalismus“ – Die Konzeption von Sunstein und Thaler	219
2.2 Das Konzept des „asymmetrischen Paternalismus“	221
2.3 Einbeziehung von Lernkosten und Kosten für externe Entscheidungshilfe in die verhaltensökonomische Recht- fertigung von Rechtspaternalismus (Rachlinski I)	224
2.4 Die Kosten des Rechtspaternalismus – Berücksich- tigung der Heterogenität des Adressatenkreises (Rachlinski II)	225
2.5 Das Prinzip des schonendsten Paternalismus (van Aaken)	226
2.6 „Debiasing through Law“ (Jolls/Sunstein)	228

2.7 Rechtspaternalistisches Effizienzkalkül bei irrationalem Optimismus (Williams)	229
3. Kritik am verhaltensökonomisch begründeten „Neuen Paternalismus“	232
3.1 Zum Verhältnis von Libertarismus und Paternalismus (Mitchell)	232
3.1.1 Zur Vermeidbarkeit eines paternalistischen Regelungsrahmens	232
3.1.2 Paternalismusziele: Selbstbestimmung versus Wohlfahrt	233
3.1.3 Die redistributiven Konsequenzen des „libertären Paternalismus“	234
3.1.4 Folgerung	235
3.2 Zu den Kosten des „Neuen Paternalismus“	235
3.2.1 Nachteilige Auswirkungen auf das Lernverhalten und die Entwicklung von Entscheidungskompetenz (Klick/Mitchell)	235
3.2.2 Das Wissensproblem des „Neuen Paternalismus“ (Rizzo/Whitman)	237
3.2.3 Rationalitätsdefizite des paternalistischen Intervenienten	239
3.2.4 Public Choice und „Neuer Paternalismus“	240
3.2.5 Negative Dynamik des „Neuen Paternalismus“	240
4. Bewertung der Kritik am „Neuen Paternalismus“	241
4.1 Individuelle Wohlfahrt, Selbstbestimmung und Paternalismus im Vertragsrecht – Zur Kritik von Mitchell	241
4.2 Einflussnahme auf die Präferenzformung und „Neuer Paternalismus“	242
4.3 Zu den Kosten des verhaltensökonomisch begründeten Paternalismus	243
4.3.1 Kosten ausbleibender Lernerfolge	244
4.3.2 Noch einmal: Zum Wissensproblem des Intervenienten	245
4.3.3 Sachfremde Regulierungsmotive und „Slippery Slope“	246
4.4 „Neuer Paternalismus“ als Mittel der Disziplinierung staatlicher Gewalt	246
5. Integration der verhaltensökonomischen Erkenntnisse in das Konzept des effizienten Paternalismus im Vertragsrecht	248
5.1 Ziel: präferenzkonforme reflektierte Entscheidung des Schutzadressaten	248
5.2 Anknüpfungspunkt: Defizite der Präferenzformung und -betätigung	248

5.3	Wahrscheinlichkeitsbewertung auf verhaltens- ökonomischer Grundlage	249
5.4	Konkretisierung der Tatbestandsseite	250
5.4.1	Das Problem der Heterogenität: Differenzierung und Typisierung	250
5.4.2	Zeitinkonsistentes Verhalten und Probleme der Selbstdisziplin	253
5.4.3	Zur Bedeutung „struktureller Unterlegenheit“ eines Vertragsteils	255
5.5	Das rechtspaternalistische Interventions- instrumentarium	256
5.5.1	Die eingesetzten Mittel: Wahlhilfen und Wahlbeschränkungen	256
5.5.2	Zum Verhältnis von Wahlhilfen und Wahlbeschränkungen	258
5.5.3	Zum Einsatz von Wahlhilfen	260
5.5.3.1	Abstimmung von Verhaltensanomalie und Wahlhilfe	260
5.5.3.2	Insbesondere: Zur Rolle des Informations- modells	261
5.5.4	Zum Einsatz von Wahlbeschränkungen	263
5.5.4.1	Postventive Vertragsinhaltskontrolle anhand von Generalklauseln	263
5.5.4.2	Abstrakt-generelle Vertragsinhalts- beschränkung	265
§ 6	Zwischenfazit – Verfassungsrechtliche Einordnung und Anliegen der Arbeit	266
I.	Effizienter Paternalismus als Ausfüllung verfassungsrecht- licher Vorgaben	266
1.	Rechtfertigungsbedürftigkeit des Grundrechtseingriffs und Marktversagen	266
2.	Grundrechtlicher Schutz vor Paternalismus und Maßgeblichkeit der Entscheiderpräferenzen	267
3.	Grundrechtlicher Schutz durch Paternalismus	268
4.	Verhaltensökonomisch fundierter effizienter Paternalismus als Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsgebots	268
II.	Das Anliegen der Arbeit: Freiheitsschutz durch effizienten Paternalismus	269
1.	Effizienter Paternalismus als Analyse- und Rationalisie- rungsinstrument	269
2.	Effizienter Paternalismus als Schutz vor übermäßigem Rechtspaternalismus	270

Dritter Teil

Anwendung auf Referenzgebiete

271

§ 7 Ehevertragsrecht	271
I. Gegenstand und Fortgang der weiteren Untersuchung	271
1. Untersuchungsgegenstand und Begriffsbestimmung	271
2. Gang der weiteren Untersuchung	273
II. Die gesetzlichen Grundlagen des Ehevertragsrechts	273
1. Güterrechtliche Vereinbarungen, § 1408 Abs. 1 BGB	274
1.1 Grundsatz der Vertragsfreiheit, §§ 1363 Abs. 1, 1408 Abs. 1 BGB	274
1.2 Formale Wirksamkeitsvoraussetzungen, § 1410 BGB	275
1.3 Inhaltsbeschränkungen	276
2. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich, §§ 1408 Abs. 2 BGB, 6 ff. VersAusglG	277
2.1 Grundsatz der Vertragsfreiheit	277
2.2 Formale Wirksamkeitsvoraussetzungen, §§ 7 VersAusglG, 1410 BGB	278
2.3 Inhaltsbeschränkungen	278
2.3.1 § 8 Abs. 2 VersAusglG – Kein Vertrag zulasten Dritter	279
2.3.2 § 8 Abs. 1 VersAusglG – Bestätigung der Rspr. zur Vertragsinhaltskontrolle	279
2.4 Wegfall der Fristenregelung des § 1408 Abs. 2 S. 2 BGB a.F.	279
3. Vereinbarungen über den nachehelichen Unterhalt	280
3.1 Überblick über das Recht des nachehelichen Unterhalts	280
3.2 Grundsatz der Vertragsfreiheit	280
3.3 Formale Wirksamkeitsvoraussetzungen, § 1585c S. 2 und 3 BGB	281
3.4 Inhaltsbeschränkungen	282
III. Die gerichtliche Inhaltskontrolle von Eheverträgen – Stand der Erkenntnis	282
1. Die Rspr. des BGH vor der Entscheidung BVerfGE 103, 89	283
1.1 Grundsatz der „vollen Vertragsfreiheit“	283
1.2 Gesetzliches Verbot nach § 134 BGB	283
1.3 Sittenwidrigkeit des Ehevertrags nach § 138 BGB	284
1.3.1 Sittenwidriges Zusammenwirken zum Nachteil Dritter	284

1.3.2 Ausnutzung einer Zwangslage oder der Unerfahrenheit des Partners	285
1.4 Verstoß gegen Treu und Glauben (§ 242 BGB)	286
1.5 Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	287
2. Das Echo im wissenschaftlichen Schrifttum	288
2.1 Die These von der generellen „strukturellen Unterlegenheit“ der Frau (Schwenzer)	288
2.2 Die These von der „strukturellen Unterlegenheit“ der nicht verheirateten, schwangeren Frau (Dethloff)	289
2.3 „Strukturelle Unterlegenheit“ und gemeinsame Elternverantwortung (Büttner)	289
2.4 Neubestimmung der Sittenwidrigkeitsschranke bei grundsätzlicher Ehevertragsfreiheit (Coester-Waltjen)	291
3. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen	292
3.1 Das Urteil vom 6.2.2001 zur Freistellung vom Kindesunterhalt	292
3.1.1 Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 6 Abs. 4 GG vor unangemessener Benachteiligung durch Ehevertrag	292
3.1.1.1 Vertragsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG	293
3.1.1.2 Anspruch auf Schutz der werdenden Mutter nach Art. 6 Abs. 4 GG	294
3.1.2 Schutz des Kindeswohles aus Art. 6 Abs. 2 GG	296
3.2 Bestätigung in BVerfG NJW 2001, 2248 = FamRZ 2001, 985	297
3.3 Exkurs: Ausstrahlung von Art. 6 Abs. 1 i.V.m. 3 Abs. 2 GG auf den Vermögensausgleich nach Scheidung	298
4. Echo in der Literatur	299
4.1 Bewertung und Tragweite der BVerfG-Rechtsprechung	299
4.2 Interpretation der Entscheidungen und Folgefragen	300
4.2.1 Vorliegen einer einseitigen Lastenverteilung	300
4.2.2 Bedeutung der „strukturell ungleichen Verhandlungsstärke“	301
4.2.3 Instrumente der Inhaltskontrolle (Rechtsfolgenseite)	302
5. Die Reaktion des BGH auf das BVerfG in BGHZ 158, 81	303
5.1 Kernbereichslehre	304
5.1.1 Grundsatz der Disponibilität	304
5.1.2 Schutzzweck der gesetzlichen Regelungen als Inhaltsschranke	305
5.1.3 Rangfolge der Scheidungsfolgen	305

5.2 Mittel und Maßstab der Inhaltskontrolle	307
5.2.1 Keine Entbehrlichkeit richterlicher Überprüfung bei notarieller Belehrung	308
5.2.2 Wirksamkeitskontrolle nach § 138 Abs. 1 BGB . . .	308
5.2.3 Ausübungskontrolle nach § 242 BGB	309
6. Die weitere Entwicklung der BGH-Rspr. im Lichte der Reformgesetze	309
6.1 Wirkrichtung der Reformgesetze und Inhaltskontrolle von Eheverträgen	310
6.1.1 Inhaltskontrolle von Eheverträgen und Unterhaltsrechtsreform	311
6.1.1.1 Reformziel: Stärkung der Eigenverantwortung geschiedener Ehegatten	312
6.1.1.2 Die Neufassung des § 1570 BGB	313
6.1.1.3 Die Beurkundungspflicht nach § 1585c S. 2 BGB n.F.	315
6.1.1.4 Ableitungen und Erwartungen	315
6.1.2 Auswirkungen des VAStrRefG auf Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	322
6.1.2.1 Erweiterter Gestaltungsspielraum der Eheleute durch die Reform	323
6.1.2.2 Beurkundungserfordernis nach § 7 Abs. 1 VersAusglG	324
6.1.2.3 Verankerung der richterlichen Inhaltskontrolle in § 8 Abs. 1 VersAusglG	325
6.2 Die Rspr. des BGH seit BGHZ 158, 81	326
6.2.1 Kein unverzichtbarer Mindeststandard an Scheidungsfolgen	327
6.2.2 Kernbereichslehre und Ausgleich ehebedingter Nachteile	327
6.2.2.1 Zentrale Bedeutung der „Ehebedingtheit“ der (voraussichtlichen) Nachteile	328
6.2.2.2 Kernbereich und Rang von Versorgungs- und Zugewinnausgleich	330
6.2.3 Wirksamkeitskontrolle (§ 138 Abs. 1 BGB)	332
6.2.3.1 Zur Bedeutung subjektiver Vertragsdisparität für die Sittenwidrigkeit	332
6.2.3.2 Einzel- und Gesamtwürdigung der ehever- traglichen Regelungen	335
6.2.3.3 Zum maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt	335
6.2.3.4 Spruchpraxis: Sittenwidrigkeit nur in klaren Ausnahmefällen	337
6.2.3.5 Zur Frage der Gesamt- oder Teilnichtigkeit	337
6.2.4 Ausübungskontrolle nach §§ 242, 313 BGB	339

6.2.4.1	Dogmatische Einordnung: Rechtsmissbrauch und Wegfall der Geschäftsgrundlage	339
6.2.4.2	Rechtsfolge: Vertragsanpassung zum Ausgleich ehebedingter Nachteile	341
6.2.5	Modifizierte Scheidungsfolgen und Kompensationszahlungen	343
6.2.6	Richterliche Kontrolle überhöhter Leistungen	345
6.2.7	Sittenwidrigkeit wegen Belastung des Sozialhilfeträgers und Verhältnis zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen	346
6.3	Die Kritik des Schrifttums an der Kernbereichslehre des BGH	348
IV.	Zwischenbefund und Fortgang der Untersuchung	349
1.	Der rechtspaternalistische Kern der richterlichen Ehevertragskontrolle	350
1.1	Drittschützende Dimension der richterlichen Ehevertragskontrolle	350
1.1.1	Eheverträge zu Lasten gemeinsamer Kinder	350
1.1.2	Verträge zu Lasten anderer Unterhaltsberechtigter	351
1.1.3	Verträge zu Lasten der Sozialkassen und Versorgungsträger	352
1.1.3.1	Unterhaltsverzicht	352
1.1.3.2	Unterhaltsverstärkung	353
1.1.3.3	Versorgungsausgleich – Verzicht und Modifikation	354
1.1.3.4	Verzicht auf Zugewinnausgleich	355
1.2	Paternalistischer Kern der Inhaltskontrolle	356
1.2.1	Weich paternalistisches Interventionskonzept des BVerfG	357
1.2.2	Paternalistische Doppelkontrolle des Ehevertrages durch den BGH	359
1.2.2.1	Weich paternalistische Begründung der Wirksamkeitskontrolle	359
1.2.2.2	Weich paternalistischer Begründungskern der Ausübungskontrolle	360
2.	Unklarheiten und offene Fragen	361
2.1	Unterschiedliche Modelle der Rspr. und Abstimmungsbedarf	361
2.2	Begründungsdefizite beider Modelle	362
2.2.1	Das BVerfG-Modell: Gestörte Vertragsparität und Fremdbestimmung	362
2.2.1.1	Fremdbestimmung aufgrund „struktureller Unterlegenheit“	362

2.2.1.2 Verhältnis von Fremdbestimmung und Vertragsinhalt	363
2.2 Das BGH-Modell: Schutz vor unzumutbaren Vertragsfolgen	363
2.3 Klärungsbedarf bei der dogmatischen Umsetzung	367
2.4 Angemessenheit der richterlichen Intervention?	367
2.5 Dynamik und Vorhersagbarkeit der Entwicklung	368
3. Fortgang der Untersuchung	369
V. Ökonomische Analyse des Scheidungsfolgen- und Ehevertragsrechts	369
1. Vorbemerkung: Ökonomische Analyse und Eherecht	369
2. Ehe als Vertragsbeziehung	371
2.1 Wandel des Eheverständnisses vom Status zum Vertrag	371
2.2 Pareto-Effizienz der Ehe als Grund für Eheschließung und -fortdauer	373
2.3 Modellerweiterungen	374
2.3.1 Peters – Scheidungsrecht und Informationsverteilung	374
2.3.2 Wax – Verhandlungsmodell und Gleichheitsziel	376
3. Das Problem: Opportunistisches Verhalten in der Ehe	378
3.1 Asymmetrische ehespezifische Investition und Ex Post-Opportunismus	378
3.2 Antizipation des Ex post-Opportunismus und Moral Hazard	380
4. Verhaltenssteuerung durch Scheidungs(folgen)recht	380
4.1 Effizienter Investitionsschutz durch Kompensation bei Scheidung	381
4.1.1 Versicherung ehespezifischer Investitionen	381
4.1.2 Vermeidung von Fehlanreizen für den Versicherten	382
4.1.3 Die verschiedenen Vermögensausgleichsmodelle im Vergleich	382
4.1.3.1 Ersatz des positiven Interesses	382
4.1.3.2 Ersatz des Vertrauensschadens (negatives Interesse)	385
4.1.3.3 Gewinnabschöpfung	386
4.1.3.4 Halbteilungsgrundsatz	387
4.1.3.5 Bedürftigkeitsabhängige Zahlungsansprüche	388
4.1.4 Zwischenergebnis	388
4.2 Annex: Scheidungsfolgenrecht und die Entscheidung zur Eheschließung	389
4.3 Gewollt unvollkommener Investitionsschutz nach der lex lata	389
4.3.1 Indisponibles Zerrüttungsprinzip	390

4.3.2 Das Recht des nachehelichen Vermögensausgleichs	392
4.3.2.1 Nachehelicher Ehegattenunterhalt	392
4.3.2.2 Zugewinn- und Versorgungsausgleich	395
4.4 Investitionsschutz als Argument für Vertragsfreiheit?	397
5. Die Ehe als sog. „relationaler Vertrag“ – Bedeutung für den Untersuchungsgegenstand	397
5.1 Die Theorie vom relationalen Vertrag	399
5.1.1 Kernelemente der Relational Contract Theory	399
5.1.2 Unschärfe der Definition relationaler Verträge	400
5.1.3 Relational Contract Theory und ökonomische Transaktionskostenanalyse	402
5.2 Ehe als relationaler Vertrag	403
5.3 Normative Ableitungen für die gerichtliche Ex post-Kontrolle relationaler Verträge	405
5.3.1 Das Meinungsspektrum innerhalb der Relational Contract-Bewegung	405
5.3.2 Schlussfolgerungen	406
5.4 Insbesondere: relationaler Vertrag und nachehelicher Vermögensausgleich	407
5.5 Fazit	408
6. Ehevertragsfreiheit und effizienter Paternalismus – Vertragstheoretische Einordnung	408
6.1 Erneut: Grundsätzliche Effizienz der Vertragsfreiheit	409
6.1.1 Pareto-Effizienz von Eheverträgen	409
6.1.1.1 Ehevertragsfreiheit als Voraussetzung Pareto-superiorer Eheschließung	409
6.1.1.2 Antizipation von Ex post-Opportunismus durch rationale Akteure	411
6.1.2 Nacheheliche Eigenverantwortung und soziale Bedürftigkeit als Externalität	412
6.1.3 Kosten der richterlichen Ehevertragskontrolle	413
6.1.3.1 Das „Wissensproblem“ des paternalistisch motivierten Intervenienten	413
6.1.3.2 Weitere Kosten richterlicher Ehevertragskontrolle	414
6.2 Keine Pareto-Optimalität aufgrund von Marktversagen	414
6.2.1 Der „Schatten“ des dispositiven Rechts	415
6.2.1.1 Das Phänomen	415
6.2.1.2 Ableitungen für den hiesigen Untersuchungsgegenstand	416
6.2.2 Transaktionsspezifische Hemmnisse effizienten Vertragsschlusses	417

6.2.2.1 Probleme der Transaktionskompetenz – Rationalitätsdefizite	418
6.2.2.2 Informationsasymmetrie I – strategische Fehlinformation des Partners	419
6.2.2.3 Informationsasymmetrie II – Adverse Signalling der Vertragsverhandlung	420
6.2.2.4 Druck, ungleiche Verhandlungsmacht und opportunistisches Verhalten	422
6.2.2.5 Geschlechtsspezifisches Verhandlungsungleichgewicht?	425
6.2.3 Unvorhergesehene Ereignisse nach Vertragsschluss	428
6.3 Zur Kostenminimierung des Eingriffs in die Ehevertragsfreiheit	429
6.4 Zwischenergebnis	432
VI. Verhaltensökonomisch fundierter Paternalismus im Ehevertragsrecht	438
1. Verhaltensanomalien bei Ehevertragsschluss	438
1.1 Überoptimismus, Überdurchschnittlichkeitseffekt und selbstdienliche Wahrnehmung	439
1.2 Verfügbarkeitsheuristik, Projektionsfehler und affektive Prognosen	441
1.3 Vernachlässigung kleiner Wahrscheinlichkeiten	442
1.4 Übermäßige Diskontierung künftigen Nutzens	442
1.5 Verlustaversion und resultierende Risikoneigung (Prospect Theory)?	443
1.6 Allgemeine Grenzen der Vorhersehbarkeit künftiger Entwicklungen	443
1.7 Verzicht auf spätere Vertragsänderung zwecks Vermeidung kognitiver Dissonanz?	444
1.8 Eingeschränkter Eigenschutz durch Eigennutz	445
1.9 Summe	445
2. Folgerungen: „Libertärer Paternalismus“ im Ehevertragsrecht	447
2.1 Begründung paternalistischer Intervention	447
2.1.1 Unterversicherung aufgrund spezifischer Risikofehleinschätzung	447
2.1.2 Anfälligkeit für unlautere Beeinflussung durch den Vertragspartner?	449
2.1.3 Unterlassene Vertragsänderung und nachvertragliche Verhandlungsdisparität	450
2.2 Folgerungen für ein Paternalismusmodell im Ehevertragsrecht	451
2.2.1 Personale Differenzierung	452

2.2.1.1	Art und Weise der Betroffenheit vom Vertragsinhalt – Der Ehetyt	453
2.2.1.2	Bedeutung der Initiative zum Vertragsschluss?	454
2.2.1.3	Persönliche Eigenschaften	454
2.2.2	Differenzierung der Vertragsschlussituation	454
2.2.2.1	Vertragsschluss vor der Eheschließung	455
2.2.2.2	Vertragsschluss in der intakten Ehe	456
2.2.2.3	Vertragsschluss in der Ehekrise	457
2.2.2.4	Vertragsschluss nach Scheitern der Ehe, Scheidungsvereinbarung	458
2.2.2.5	Vereinbarungen nach rechtskräftiger Scheidung	460
2.2.2.6	Differenzierung nach der Zeitspanne zwischen Ehevertragsschluss und Scheidung?	461
2.3	Das Interventionsinstrumentarium im Ehevertragsrecht	462
2.3.1	Das Anliegen: Hinreichender Schutz bei möglichst schonender Intervention – Debiasing versus Insulating im Ehevertragsrecht	463
2.3.2	Folgerungen für den formal-prozeduralen Kontrahentenschutz im Ehevertragsrecht (Debiasing)	466
2.3.2.1	Die notarielle Beurkundung als Wahlhilfe de lege lata	466
2.3.2.2	Antizipierte Inhaltskontrolle als beschränkte Nebenfunktion	470
2.3.2.3	Wirksamkeitsgrenzen und Korrekturbedarf	471
2.3.2.4	Keine formlose Bevollmächtigung des Ehepartners de lege lata	473
2.3.2.5	Erfordernis der persönlichen Anwesenheit vor dem Notar de lege ferenda	475
2.3.2.6	Zwingende Überlegungs- und Abkühlfrist	475
2.3.2.7	Unabhängige Rechtsberatung statt notarielle Beurkundung?	478
2.3.2.8	Entscheidungspsychologische Schulung des beratenden Notars	480
2.3.2.9	Differenzierung nach dem Zeitpunkt der Vereinbarung	480
2.3.2.10	Zwingende Befristung der Vertragsregelung – „Sunset“-Klausel	485
2.3.3	Richterliche Inhaltskontrolle zur Eindämmung schädlicher Entscheidungswirkungen (Insulating)	486
2.3.3.1	Kein Ausschluss durch Erfüllung formal-prozeduraler Anforderungen	487

2.3.3.2 Der Prüfmaßstab des BGH – Erklärung, Fundierung, Ableitungen	488
2.3.3.3 Die Wirksamkeitskontrolle nach § 138 Abs. 1 BGB	498
2.3.3.4 Die Ausübungskontrolle nach § 242 BGB als Herzstück der Inhaltsprüfung	502
VII. Verfassungsrechtliche Kontrollüberlegungen	511
VIII. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	513
§ 8 Gesellschaftsrecht	523
I. Gegenstand und Fortgang der weiteren Untersuchung	524
1. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	524
2. Gang der weiteren Untersuchung	526
II. Reichweite und Grenzen der Gesellschaftsvertragsfreiheit – Ein Überblick	526
1. Der ursprüngliche Gesellschaftsvertragsschluss bei Gesellschaftsgründung	526
1.1 Formale Voraussetzungen des Vertragsschlusses	526
1.2 Inhalt des Gesellschaftsvertrags	527
1.2.1 Vertragsfreiheit als Ausgangspunkt	527
1.2.2 Unverzichtbare Mitgliedschaftsrechte	528
2. Änderung des Gesellschaftsvertrags und Grenzen der Mehrheitsmacht	530
2.1 (Relativ) Unentziehbare Mitgliedschaftsrechte	530
2.2 Bestimmtheitsgrundsatz	531
2.3 Kernbereichslehre und Belastungsverbot	532
2.4 Ausübungskontrolle	533
III. Paternalistisches Gesellschaftsrecht – Drei Beispiele	534
1. Zur Gültigkeit sog. Hinauskündigungsklauseln im Personengesellschafts- und GmbH-Recht	534
1.1 Ausschließung des Gesellschafters – Gesetzlicher Befund	534
1.2 Vertragliche Ausschlusserleichterungen und freie Hinauskündigung	536
1.3 Gründe für eine Erleichterung der Ausschließung durch Vereinbarung	536
1.4 Die Rechtsprechung des BGH zu sog. Hinauskündigungsklauseln	537
1.4.1 Frühere Rspr. – Grundsätzliche Zulässigkeit freier Hinauskündigung	537
1.4.2 Nunmehr – Grundsätzliche Nichtigkeit sog. Hinauskündigungsklauseln	538
1.4.3 Ausnahmsweise Gültigkeit einer Hinauskündigungs- klausel	540

1.4.4 Ausübungskontrolle wirksamer Hinauskündigungsklauseln	543
1.5 Der Meinungs- und Diskussionsstand im Schrifttum . .	543
1.5.1 Die Kritik an der Rspr. zur Sittenwidrigkeit freier Hinauskündigungsklauseln	543
1.5.1.1 Inkonsistenz der Rspr.	544
1.5.1.2 Keine Sittenwidrigkeit aus Gründen des Gesell- schafterschutzes	545
1.5.1.3 Keine Sittenwidrigkeit wegen Dysfunktionalität der Gesellschaft	546
1.5.1.4 „Damoklesschwert“-Argument und angemessene Abfindung	547
1.5.1.5 Überschießende Wirkung des Nichtigkeits- verdikts	547
1.5.1.6 Bewertung freier Hinauskündigungsklauseln im internationalen Vergleich	547
1.5.2 Alternative Konzepte des Schrifttums	549
1.5.2.1 Die Lehre vom Gesellschafter minderen Rechts	549
1.5.2.2 Geltungserhaltende Reduktion und Ausschließung aus sachlichem Grund	550
1.5.2.3 Die Bedeutung einer angemessenen Abfindung .	551
1.5.2.4 Rückkehr zur bloßen Ausübungskontrolle	551
1.5.3 Besondere Rechtfertigungsgründe für eine Hinauskündigungsklausel	553
1.5.4 Übertragung der Grundsätze auf Rechts- transplantate der Kautelarpraxis	554
1.5.4.1 Drag along-Klauseln	554
1.5.4.2 Call option-Klauseln	555
1.5.4.3 Russian Roulette- und Texas Shoot Out-Klauseln	556
1.5.4.4 Leaver-Klauseln	557
2. Zur Gültigkeit von Abfindungsklauseln im Recht der Personengesellschaften und der GmbH	557
2.1 Die gesetzliche Regelung	558
2.2 Abfindungsvereinbarungen und deren Gründe	560
2.2.1 Abfindungsklauseln – Vorkommen und Arten . . .	560
2.2.2 Die Gründe für Abfindungsklauseln in der juristischen und ökonomischen Diskussion	561
2.2.2.1 Bestandsschutz der Gesellschaft als Investitions- schutz	562
2.2.2.2 Senkung der Abwicklungskosten?	563
2.3 Die Entwicklungslinien der Rspr. und ihre Begleitung durch das Schrifttum	563

2.3.1 Die Rechtsprechung von 1978 bis 1993	564
2.3.2 Die Kritik der Literatur	565
2.3.3 Die „Wende“ der Rspr. im Jahre 1993	568
2.3.4 Die Reaktion des Schrifttums	571
2.3.5 Die Folgerechtsprechung bis heute	572
2.3.5.1 Besondere Rechtfertigungsgründe für Abfindungsbeschränkungen	572
2.3.5.2 Unwirksamkeit von Abfindungsklauseln nach § 723 Abs. 3 BGB	574
2.3.5.3 Verhältnis von Klauselunwirksamkeit und Auslegung	576
2.4 Summe – Der aktuelle Erkenntnisstand zur Zulässig- keit von Abfindungsklauseln	577
2.4.1 Wirksamkeitsschranken vereinbarter Abfindungsbeschränkungen	577
2.4.1.1 Gleichbehandlungsgrundsatz	577
2.4.1.2 Sittenwidrige Knebelung gem. § 138 Abs. 1 BGB	578
2.4.1.3 Unzulässige Kündigungerschwerung gem. § 723 Abs. 3 BGB, § 133 Abs. 3 HGB (analog)	581
2.4.2 Durchsetzungsschranken wirksamer Abfindungs- beschränkungen	582
2.4.2.1 Vorweg: Primat der ergänzenden Vertrags- auslegung	583
2.4.2.2 Dogmatische Anknüpfung der Ausübungs- kontrolle	586
2.4.2.3 Materielle Abwägungskriterien	588
2.4.2.4 Rechtsfolge: Vertragsanpassung	593
3. Abdingbarkeit der mitgliedschaftlichen Treuepflicht	593
3.1 Die gesellschaftliche Treuepflicht – Schutzrichtung, Inhalt, Umfang	594
3.2 Rechtsökonomische Funktion der Treuepflicht	595
3.3 Gründe für die Abbedingung von Treuepflichten	597
3.4 Die Diskussion im Schrifttum	598
3.4.1 Dogmatische Determinanten	599
3.4.1.1 Herleitung der Treuepflicht – Grundlinien	599
3.4.1.2 Implikationen für die Abdingbarkeit der gesellschaftlichen Treuepflicht	600
3.4.2 Der Meinungsstand im In- und Ausland	601
IV. Institutionenökonomische Grundlagen	605
1. Die Ex ante-Sicht – Gesellschaftsverträge als unvoll- ständige Langzeitverträge	605
2. Die Gefahr des Ex post-Opportunismus	607

2.1 Ex post-Opportunismus bei Langzeitverträgen im Allgemeinen	608
2.2 Ex post-Opportunismus bei personalistischen Gesellschaften im Besonderen	610
2.3 Konsequenz: Zielkonflikt der Kostenminimierung ex ante und ex post	612
3. Die Rolle des dispositiven Gesellschaftsbinnenrechts	612
4. Nutzen und Kosten richterlicher Rechtsdurchsetzung im relationalen Vertragsverhältnis	615
4.1 Zur Zweischneidigkeit rechtlicher Sanktionen	615
4.2 Normative Implikationen – Meinungsstand	617
4.3 Insbesondere: Die „New Formalism“-Bewegung	618
4.4 Gesellschaftsrechtliche Anwendung – Zum Schutz berechtigter Erwartungen im Rahmen der Treuepflicht	619
4.4.1 Der Meinungsstand	619
4.4.2 Das Für und Wider des rechtlichen Schutzes legitimer Erwartungen	620
5. Autonomer Vertragsschluss und zwingender Gesellschafterschutz	622
5.1 Der Einwand der Contractarians gegen zwingenden Gesellschafterschutz	622
5.2 Die Prämisse (beschränkt) rationaler Wahl	625
V. Verhaltensökonomisch fundierter Paternalismus im Gesellschaftsrecht	626
1. Verhaltensanomalien bei Gesellschaftsgründung	626
1.1 Aufschlüsselung der erheblichen Verhaltensanomalien	626
1.2 Verstärkende Faktoren bei Gründung personalistischer Gesellschaften	628
1.3 Annex: Ergebniswirksame Verhaltensanomalien nach Vertragsschluss	630
1.4 Rechtsvergleichender Befund als rechtstatsächliches Indiz für Selbstschutzdefizite der Gesellschafter	631
1.5 Zu möglichen Einwänden gegen die Relevanz von Rationalitätsdefiziten	632
2. Folgerungen für Paternalismus im Gesellschaftsvertragsrecht	633
2.1 Begründung paternalistischer Intervention	634
2.1.1 Unterversicherung aufgrund von Risikofehleinschätzung und Konfliktvermeidungsverhalten	634
2.1.2 Anfälligkeit für unlautere Beeinflussung durch den Vertragspartner?	635
2.1.3 Unterlassene Vertragsänderung und nachvertragliche Verhandlungsdisparität?	636

2.2 Differenzierungsbedarf	637
2.2.1 Personale Differenzierung (Heterogenität des Adressatenkreises)	637
2.2.2 Situative Differenzierung	638
2.3 Die Rechtsfolgenseite: Das Eingriffsinstrumentarium	639
2.3.1 Allgemeine Vorüberlegungen zum Interventionskalkül	639
2.3.2 Formal-prozeduraler Kontrahentenschutz im Gesellschaftsrecht (Debiasing)	641
2.3.2.1 Formalisierte Warnhinweise	641
2.3.2.2 Anstoß zum aktiven Selbstschutz	642
2.3.2.3 Die notarielle Beurkundung und Belehrung de lege lata	645
2.3.2.4 Überlegungen zur notariellen Beurkundung und Belehrung de lege ferenda	647
2.3.2.5 Unabhängige Rechtsberatung statt notarielle Beurkundung?	648
2.3.2.6 Formale Anforderungen an die Abbedingung von Dispositivnormen – Zum sog. Bestimmtheitsgrundsatz	649
2.3.2.7 Zwingende Überlegungs- und Abkühlfrist?	650
2.3.2.8 Zwingende Befristung der Vertragsregelungen – „Sunset“-Klauseln	651
2.3.2.9 Zum Einsatz von Wahlhilfen bei Vertrags- und Satzungsänderungen	651
2.3.3 Verhaltenssteuerung durch dispositives Recht („Soft Insulating“)?	653
2.3.4 Gesellschafterschützende Wahlbeschränkungen (Insulating)	655
2.3.4.1 Kosten des Insulating und Grenzen des Debiasing	656
2.3.4.2 Übergeordnete Zweckerwägungen des gesetzlichen Gesellschafterschutzes	658
2.3.4.3 Rationalitätsdefizite als Legitimation eingeschränkter Disponibilität des gesetzlichen Gesellschafterschutzes	658
2.3.4.4 Ableitungen für die Inhaltskontrolle abweichender Vereinbarungen	659
2.3.4.5 Insbesondere zur Wirksamkeitskontrolle gem. § 138 Abs. 1 BGB	661
2.3.4.6 Insbesondere zur Ausübungskontrolle gem. § 242 BGB	664
2.3.4.7 Schlechthin unverzichtbare Gesellschafterrechte	665

2.4 Anwendung auf die ausgewählten Beispiele	667
2.4.1 Abdingbarkeit der gesellschaftlichen Treuepflicht	667
2.4.2 Hinauskündigungsklauseln	671
2.4.2.1 Überschießende Beschränkung der Vertragsfreiheit durch die BGH-Rspr.	671
2.4.2.2 Stattdessen: Beschränkung auf eine Ausübungskontrolle nach § 242 BGB	673
2.4.2.3 Konkretisierung des Prüfungsmaßstabs	674
2.4.2.4 Ableitungen für private Rechtstransplantate mit Kündigungswirkung	678
2.4.3 Abfindungsbeschränkungen	679
2.4.3.1 Gleichbehandlungsgrundsatz und Wucher- verbot	680
2.4.3.2 § 723 Abs. 3 BGB (analog) und Abfindungs- beschränkungen	681
2.4.3.3 Sittenwidrige Abfindungsbeschränkungen (§ 138 Abs. 1 BGB)	683
2.4.3.4 Vertragsauslegung und Ausübungskontrolle – Abgrenzung	686
2.4.3.5 Ausübungskontrolle nach § 242 BGB – Konkretisierung des Prüfungsmaßstabs	689
2.4.3.6 Rechtsfolge: Vertragsanpassung	692
VI. Verfassungsrechtliche Kontrollüberlegungen	693
VII. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	694
§ 9 Verbraucherkreditrecht	705
I. Gang der weiteren Untersuchung	707
II. Die gesetzlichen Grundlagen des Verbraucherkreditrechts – Der Schutz des Verbraucher-Kreditnehmers im BGB	707
1. Unionsrechtliche Vorgaben – Die Verbraucherkredit- richtlinie II	708
1.1 Genese der Richtlinie	708
1.2 Leitgedanken der Verbraucherkreditrichtlinie und Verbraucherschutz	710
1.3 Vollharmonisierung als Regelungskonzept	711
1.4 Anwendungsbereich (Harmonisierungsbereich)	712
1.4.1 Persönlicher Anwendungsbereich	712
1.4.2 Sachlicher Anwendungsbereich (Kreditverträge)	712
1.5 Die Schutzinstrumente der VerbrKrRL	713
1.5.1 Kreditwerbung, Art. 4 VerbrKrRL	713
1.5.2 Vorvertragliche Pflichten des Kreditgebers	714
1.5.2.1 Vorvertragliche Informationspflichten, Art. 5 VerbrKrRL	714

1.5.2.2 Vorvertragliche Erläuterungspflichten, Art. 5 Abs. 6 VerbrKrRL	715
1.5.2.3 Verpflichtung zur Bewertung der Kredit- würdigkeit, Art. 8 f. VerbrKrRL	716
1.5.3 Vertragsform und -inhalt, Art. 10 VerbrKrRL	719
1.5.4 Rechte zur vorzeitigen Vertragsauflösung	720
1.5.4.1 Kündigung unbefristeter Kreditverträge, Art. 13 VerbrKrRL	720
1.5.4.2 Widerruf, Art. 14 VerbrKrRL	721
1.5.4.3 Verbraucherrecht zur vorzeitigen Kreditrück- zahlung, Art. 16 VerbrKrRL	722
1.5.5 „Durchgriff“ bei verbundenen Kreditverträgen, Art. 15 VerbrKrRL	723
1.5.6 Sonderregeln für Überziehungsmöglichkeiten und Überschreitung	724
1.5.7 Kreditvermittler, Art. 21 VerbrKrRL	725
1.5.8 Unabdingbarkeit von Verbraucherrechten, Art. 22 Abs. 2 und 4 VerbrKrRL	725
1.5.9 Sanktionen bei Pflichtverstößen, Art. 23 VerbrKrRL	726
2. Die Umsetzung des Unionsrechts im BGB	726
2.1 Überblick über Verlauf und Inhalt der Richtlinien- umsetzung	726
2.2 Anwendungsbereich des Verbraucherkreditrechts	727
2.2.1 Personaler Anwendungsbereich	727
2.2.1.1 Der Verbraucher als Kreditnehmer (Darlehens- nehmer)	727
2.2.1.2 Der Unternehmer als Kreditgeber (Darlehens- geber)	728
2.2.1.3 Darlegungs- und Beweislast	729
2.2.2 Sachlicher Anwendungsbereich – Kreditvertrag	730
2.2.2.1 Verbraucherdarlehensvertrag	730
2.2.2.2 Entgeltlicher Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfe	732
2.2.2.3 Vollausnahmen nach § 491 Abs. 2 BGB	733
2.2.2.4 Teilausnahmen nach § 491 Abs. 3 BGB	735
2.2.3 Generalisierend-typisierendes Schutzkonzept	735
2.3 Vorvertragliche Informationspflichten, §§ 491a BGB, 6a PAngV	736
2.3.1 Unterrichtungspflicht nach § 491a Abs. 1 BGB	736
2.3.2 Anspruch auf Kopie eines Vertragsentwurfs, § 491a Abs. 2 BGB	738
2.3.3 Erläuterungspflicht nach § 491a Abs. 3 BGB	738
2.3.4 Werbung, § 6a PAngV	739

2.3.5 Rechtsfolgen bei schuldhafter Pflichtverletzung . . .	739
2.4 Formvorschriften, §§ 492, 494 BGB	740
2.5 Fürsorgepflichten des Kreditgebers? (§§ 18 Abs. 2 KWG, 2 Abs. 3 ZAG, 509 BGB)	741
2.5.1 Die Regelung	741
2.5.2 Die Diskussion	742
2.6 Unwirksamkeit des Einwendungsverzichts, § 496 BGB	744
2.7 Informationspflichten während des Vertrags- verhältnisses, § 493 BGB	746
2.8 Widerrufsrecht, § 495 BGB	746
2.9 Besondere Kündigungsregeln des Verbraucherkredit- vertrages	748
2.9.1 Vorweg: Überblick über das allgemeine Darlehenskündigungsrecht	748
2.9.1.1 Ordentliche Kündigung – Grundsatz, § 488 Abs. 3 BGB	748
2.9.1.2 Ordentliche Kündigung des Schuldners bei verzinslichem Darlehen, § 489 BGB	749
2.9.1.3 Außerordentliches Kündigungsrecht, § 490 BGB	750
2.9.2 Kündigung durch den Darlehensgeber bei Verzug, § 498 BGB	751
2.9.3 Ordentliche Kündigung des Darlehensgebers, § 499 Abs. 1 BGB	752
2.9.4 Leistungsverweigerungsrecht des Darlehensgebers, § 499 Abs. 2 BGB	752
2.9.5 Ordentliches Kündigungsrecht des Verbrauchers, § 500 Abs. 1 BGB	753
2.9.6 Vorzeitige Vertragserfüllung des Verbrauchers, § 500 Abs. 2 BGB	754
2.9.7 Gesamtkostenermäßigung, § 501 BGB	755
2.10 Eingeschränkte Anwendung der Schutzvorschriften auf bestimmte Darlehen, §§ 503 ff. BGB	756
2.10.1 Immobiliardarlehensverträge, § 503 BGB	756
2.10.2 Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit, § 504 BGB	756
2.10.3 Geduldete Überziehung, § 505 BGB	757
2.11 Zur Abdingbarkeit des verbraucherkreditrechtlichen Schutzregimes	758
2.11.1 Die Regelung des § 511 – Überblick	758
2.11.2 Fragen zu Telos und Reichweite des Abdingbar- keitsverbots	760
2.11.3 Einseitiger Verzicht versus Vereinbarung	761

2.11.4	Verzichtbarkeit des bereits entstandenen Widerrufsrechts?	763
2.11.5	Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung und §§ 498, 511 BGB	763
2.11.6	Vereinbarung wichtiger Kündigungsgründe und §§ 499 Abs. 1, 511 BGB	765
2.11.7	Auftritt als Scheinunternehmer	765
2.11.8	Verwirkung des Widerrufsrechts nach § 495 BGB?	767
2.12	Einzelfallabhängige Inhaltsschranken des Verbraucherkreditrechts	768
2.12.1	Zum Verhältnis von Verbraucherkreditrecht und §§ 138, 242 BGB	768
2.12.2	Grundzüge der Sittenwidrigkeit von Konsumentenkreditverträgen	769
2.12.2.1	Sittenwidrige Ausbeutung des Verbraucherkreditnehmers	770
2.12.2.2	Sittenwidrige finanzielle Überforderung des Verbraucherkreditnehmers	773
2.12.2.3	Sittenwidrige Knebelung des Verbraucherkreditnehmers	775
2.12.2.4	Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit des Kredit- vertrages	776
2.12.3	Unzulässige Rechtsausübung im Konsumentenkreditvertragsrecht	776
3.	Verbraucherkreditrecht und Vertragsfreiheit – Allgemeine Bewertung im Schrifttum und Zwischenfazit	777
III.	Ökonomische Grundlagen des Verbraucherkredits	779
1.	Die ökonomische Funktion des Kredits	780
2.	Nachfrage und Angebot auf dem Verbraucherkredit- markt	781
2.1	Zur Nachfrage von Verbraucherkrediten – Das Life cycle-permanent income-Modell	781
2.2	Zur Beschränkung des Angebots von Verbraucher- krediten	783
2.2.1	Informationsasymmetrien – Adverse Selektion und Moral Hazard	784
2.2.2	Unwirtschaftlichkeit des einzelfallbezogenen Kreditnehmer-Screening	785
3.	Die kreditvertragliche Risikostruktur	785
4.	Die Effekte der gesetzlichen Vorgaben für den Verbraucherkreditmarkt	787
4.1	Kosten-Nutzen-Analyse der gesetzlichen Verbraucher- kreditregeln	788

4.1.1 Vorvertragliche Informations-, Erläuterungs- und Prüfungspflichten	788
4.1.1.1 Bessere Kreditentscheidung durch besser informierte Verbraucher?	789
4.1.1.2 Verbrauchernutzen durch Kreditwürdigkeitsprüfung?	790
4.1.1.3 Die Kosten	791
4.1.2 Insbesondere: Eindämmung verbreiteter Verbraucherüberschuldung?	793
4.1.3 Vertragsbeendigungsregeln	795
4.2 Makroökonomische Vorteile?	797
4.2.1 ... durch Erhöhung der Markttransparenz	797
4.2.2 ... durch Schaffung eines gemeinsamen Kreditmarktes	798
4.2.3 ... und mögliche Nachteile	799
5. Zwischenfazit	799
IV. Verhaltensökonomisch fundierter Paternalismus im Verbraucherkreditrecht	800
1. Kenntnisse und Verhalten von Verbrauchern als Kreditnehmer – Der empirische Befund	801
1.1 Wissensdefizite der Verbraucher in Finanzangelegenheiten – Financial Illiteracy	801
1.2 Nichtrationales Verbraucherverhalten in Kreditmärkten	804
1.2.1 Kreditkartennutzung	804
1.2.2 Hypothekarkredite	807
1.2.3 Kurzfristige Überbrückungskredite (Payday Loans)	809
1.2.4 Fehlerhaftes Verhalten auf Kreditmärkten und Verbraucheralter	809
1.2.5 Untersuchungen zur Effektstärke – Leicht vermeidbare Kredit- und Kontoführungskosten	810
1.2.6 Annex: Zur begrenzten Aussagekraft hoher Überschuldungsquoten	810
2. Erklärungsansätze aus verhaltensökonomischer Perspektive	811
2.1 Wirksamkeitsgrenzen von Verbraucherinformation	812
2.1.1 Hohe Informationssuchkosten	812
2.1.2 Defizitäres Finanzwissen – Financial Illiteracy	813
2.1.3 Beschränkte Informationsaufnahme- und -verarbeitungskapazitäten	813
2.2 Zeitinkonsistentes und naives Verbraucherverhalten	815
2.2.1 Übermäßige Kreditaufnahme aufgrund zeitinkonsistenter Präferenzen und übermäßiger Diskontierung künftigen Nutzens	815

2.2.2 Naivität in Bezug auf eigenes künftiges Verhalten (Überoptimismus)	816
2.3 Fehlerhafte Einschätzung kreditrelevanter Wahrscheinlichkeiten	818
2.3.1 Selbstüberschätzung und Überoptimismus	818
2.3.2 Verfügbarkeitsheuristik	819
2.3.3 Extrapolation gegenwärtiger Präferenzen und Projektionsfehler	820
2.3.4 Vernachlässigung (subjektiv) kleiner Wahr- scheinlichkeits	820
2.4 Zwischenergebnis	820
3. Verhaltensökonomisch fundierter Paternalismus im Verbraucher kreditrecht	821
3.1 Zur Rechtfertigung regulatorischer Intervention im Allgemeinen	822
3.1.1 Beharrlichkeit der Entscheidungsfehler auf Verbraucher kreditmärkten	822
3.1.1.1 Fehlermindernde Lerneffekte	822
3.1.1.2 Aufklärung oder Ausnutzung der Verbraucher durch die Kreditgeber?	825
3.1.1.3 Zwischenergebnis	828
3.1.2 Konsequenz: Wohlfahrtsverluste	828
3.1.3 Potentielle Wohlfahrtsgewinne durch Intervention – Das Kalkül	829
3.1.4 Einordnung in die aktuelle verbraucherpolitische Entwicklung	831
3.1.4.1 Internationale Entwicklungen in der Verbraucherpolitik	831
3.1.4.2 Verhaltensökonomik als Beitrag zu einem „Smarter Government“	833
3.2 Ableitungen für das sog. Verbraucherleitbild	833
3.2.1 Zur Erinnerung: Empirisch belegtes Verbraucher- verhalten	834
3.2.2 Normatives Verbraucherleitbild	834
3.2.3 Synthese – Rechtliches Leitbild auf empirischer Grundlage	837
3.3 Die Typisierung der §§ 13 f., 512 BGB	838
3.4 Wahlhilfen (Debiasing) für den Verbraucher kredit- nehmer	839
3.4.1 Menge und Formatierung der Verbraucher- information	840
3.4.1.1 Kritik am europäischen Informationsmodell – Financial Illiteracy	841

3.4.1.2	Kritik am europäischen Informationsmodell – Information Overload	842
3.4.1.3	Kritik an fehlender Information über die Nutzung eines Kreditrahmens	843
3.4.1.4	Die Grundsatzkritik am Informationsmodell bei Ben-Shahar und Schneider	844
3.4.1.5	Bewertung des Informationsmodells der §§ 491a, 492 BGB, 6a PAngV	845
3.4.1.6	Konkrete Anregungen zur Reform des Informationsregimes	849
3.4.1.7	Verbleibende Wirkungsgrenzen des Informationsmodells	855
3.4.2	Beratung – Zur Erläuterungspflicht des § 491a Abs. 3 BGB	856
3.4.2.1	Verbesserung der Verbraucherentscheidung durch Beratung	856
3.4.2.2	Die Kosten und Gefahren der Beratung	857
3.4.2.3	Beratungspflichten der kreditvergebenden Bank – Überblick	858
3.4.2.4	Leistungsgrenzen der Erläuterungspflicht nach § 491a Abs. 3 BGB	859
3.4.2.5	Reformbedarf?	860
3.4.3	Abkühl- und Überlegungsfrist – Das Widerrufsrecht nach § 495 BGB	861
3.4.3.1	Das Widerrufsrecht als Instrument des Verbraucherschutzes	862
3.4.3.2	Rechtfertigung des Widerrufsrechts im Verbraucherkreditrecht	863
3.4.3.3	Ableitung I: Zum zwingenden Charakter des Widerrufsrechts	864
3.4.3.4	Ableitung II: Zu den gesetzlichen Ausnahmen	865
3.4.3.5	Verbesserung des Cooling off-Mechanismus de lege ferenda	866
3.5	Soft Insulating durch Default Rules versus Optionsmenü	868
3.5.1	Soft Insulating im Verbrauchercreditrecht und Formularverträge	868
3.5.2	Optionsmenü als Alternative?	869
3.5.3	Verbleibende Wirksamkeitsgrenzen	870
3.5.4	Fazit und Vergleich mit zwingendem Vertragsinhalt	870
3.6	Wahlbeschränkungen – Zwingendes Recht und Vertragskontrolle	871

3.6.1 Zur zwingenden Natur des Verbraucherkreditrechts, § 511 S. 1 BGB	872
3.6.1.1 Zwingende Regelung als Funktionsvoraussetzung von Wahlhilfen	873
3.6.1.2 Zur Rechtfertigung zwingender kreditrechtlicher Vertragsinhalte	877
3.6.1.3 Zur Legitimität einzelner zwingender Regelungen – Drei Beispiele	884
3.6.2 Richterliche Inhaltskontrolle von Verbraucherkreditverträgen	893
3.6.2.1 Komplementarität von Vertragsinhaltskontrolle und zwingendem Recht	893
3.6.2.2 Rückbindung an die verhaltensökonomische Legitimationsbasis rechtspaternalistischer Intervention	895
3.6.3 Zwischenergebnis	899
V. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	899

*Vierter Teil***Zusammenfassung der Ergebnisse**

911

§ 10 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	911
I. Paternalismus in der philosophischen Diskussion	911
II. Rechtspaternalismus und Verfassungsrecht	913
III. Effizienter Paternalismus im Vertragsrecht	915
IV. Die verhaltensökonomische Fundierung paternalistischer Intervention	921
V. Verhaltensökonomisch fundierter Paternalismus im Ehevertragsrecht	929
VI. Verhaltensökonomisch fundierter Paternalismus im Gesellschaftsrecht	938
VII. Verhaltensökonomisch fundierter Paternalismus im Verbraucherkreditrecht	949
Literaturverzeichnis	957
Sachregister	1009